

Der Plan vom Planen, Bauen und Betreiben

Die Entstehung und Bedeutung von Kulturimmobilien – über politische Skandale und gute Beispiele

OLIVER SCHEYTT UND
LISA HÖHNE

Der Bau von Theatern, Museen und Bibliotheken kann politische Skandale entfachen oder Architekten zu Weltruhm verhelfen. Trotzdem existieren kaum einschlägige Publikationen zum Thema. Das Buch »Die Kulturimmobilie«, herausgegeben von der Kulturpolitischen Gesellschaft in der Edition Umbruch (Band 32), schließt nun diese Lücke: Das Herausgabeteam Oliver Scheytt, Simone Raskob und Gabriele Willems versammelt darin Erfolgskonzepte zum Planen, Bauen und Betreiben von gebauter Kulturgeschichte. Die Autorinnen und Autoren sind in verschiedensten Arbeitsfeldern tätig – von Kulturpolitik über Architekturbüros bis hin zur Veranstaltungstechnik in Kulturimmobilien – und geben daher einen authentischen und abwechslungsreichen Überblick über die Arbeit in und mit Bauwerken, die im Dienste der Kultur stehen.

Kulturbauten sind Ausdruck der Identität einer Stadt oder Region. Die Bauwerke für Museen, Opern, Theater, Kulturzentren, Musikschulen und Volkshochschulen prägen meist schon wegen ihrer (städte-)baulichen Prominenz, aber oft auch aufgrund ihrer geschichtlichen Tradition maßgeblich

das Stadtbild. »Kulturimmobilien« fungieren als Ankerpunkte der Stadtentwicklung sowie als wichtige Pfeiler für den Kulturtourismus. In ihnen liegt eine hohe nationale und oft sogar internationale symbolische Strahlkraft, die stetiger Förderung und Entwicklung bedarf. Zugleich sind Kulturimmobilien Stätten der Begegnung und der (Selbst-)Reflexion des Einzelnen in der Gesellschaft. Nüchtern betrachtet steckt in den Kulturimmobilien aber auch ein Investitionsvolumen in Milliardenhöhe. Im Lebenszyklus einer Kulturimmobilie fallen immense Kosten, nicht nur für die Planung und den Bau, sondern vor allem für den Betrieb an. Die Öffentlichkeit prophezeit meist bereits nach dem Beschluss eines Kulturneubaus, dass (viel) mehr Kosten als zuvor einkalkuliert anfallen und Bauzeitenpläne nicht eingehalten werden. Leider oft zu Recht! Dies wirft folgende Fragen auf: Woran liegen Fehlplanungen und Kostenüberschreitungen? Welche Instanzen tragen die Verantwortung? Wie lassen sich Planungsprozesse und Kostenkontrollen intensivieren? Oder liegt die Ursache vielleicht schon in einer falschen Kostenberechnung vor Baubeginn, nicht hinreichend qualifizierten Planungsprozessen oder Umplanungen während der Bauphase? Wie kommt es, dass nach Inbetriebnahme die Folgekosten völlig andere Dimensionen haben als zuvor kalkuliert?

In den meisten Fällen hat die öffentliche Hand als Bauherr eine ganz besondere Verantwortung inne, die sich etwa in der Ausschreibung von Architekturwettbewerben, aber auch

bei der Umsetzung von Großprojekten widerspiegeln kann. Die Planung einer Kulturimmobilie legt den Grundstein für das weitere bauliche Vorgehen und für deren späteren, idealerweise nutzerfreundlichen Betrieb sowie für die Folgekosten. Ein kluges Projektmanagement sowie ein effektives Zusammenspiel aller Akteure in sämtlichen Phasen, die eine Kulturimmobilie durchläuft, ist der entscheidende Erfolgsfaktor und kann im Idealfall einer Kostenüberschreitung vorbeugen bzw. diese gering halten. Doch nicht nur das Planen und Bauen neuer Kulturbauten wie der Elbphilharmonie oder dem Stadtschloss Berlin, sondern auch die Renovierung und der Umbau bestehender Kulturimmobilien sowie die Umnutzung alter Gebäude für kulturelle Zwecke bilden herausfordernde Bauaufgaben, vor allem auch in finanzieller Hinsicht.

Ein häufiger Streitpunkt in der Planungsphase von spektakulären Museumsbauten, welche die Außenwahrnehmung und gar die Identität einer Stadt in einem hohen Maß beeinflussen können, ist der scheinbare Widerspruch zwischen Ästhetik und Funktionalität. Die Kunst der an der Planung beteiligten Akteure besteht darin, den Anspruch auf beiden Seiten zu erfüllen: einerseits die Repräsentation des jeweiligen Stadtbildes bzw. der Verstärkung der Identität nach außen. Auf der anderen Seite muss das Gebäude die intendierten Ausstellungsinhalte und -objekte optimal präsentieren können. Architektur des Museums und ausgestellte Gegenstände müssen ein

symbiotisches Verhältnis eingehen, für Besucher eine Einheit bilden. Ein weiterer wesentlicher Aspekt ist dabei die Nutzerfreundlichkeit, die im Fokus bleiben sollte. Schließlich gelten Museen als Orte sozialer Begegnung.

Deutschland besitzt eine einmalige Theaterstruktur. Solch ein breites Angebot an Theater-, Konzert- und Opernhäusern kann weltweit kein anderes Land aufweisen. Heutzutage besteht allerdings auch ein erheblicher Sanierungsstau, dessen Bewältigung in den nächsten Jahrzehnten massiver Anstrengungen der öffentlichen Hand bedarf, da die Häuser »in die Jahre gekommen sind«. Zentrale Fragestellungen sind hierbei unter anderem wie die Akteursgruppen – öffentliche Eigentümer mit ihrer Bauherrenfunktion, Architekten, Fachplaner, Bauunternehmen, Nutzer – dieser Aufgabe gerecht werden können ohne dafür eine Milliardeninvestition tätigen zu müssen. Weitere kulturpolitische Fragestellungen lauten: Wie wirken sich der demografische und der digitale Wandel der Gesellschaft auf das Nutzungsverhalten der (potenziellen) Theaterbesucher aus? Wie lassen sich Theaterräume zeitgemäß gestalten? Lautet die Antwort auf die letzte Frage »Nutzungsmischung« und Öffnung der Theaterräume für eine breitere Öffentlichkeit, wie beispielsweise für freie Theatergruppen?

Für Städte und Kommunen stellt sich immer wieder die Frage, wie Institutionen kultureller Bildung, z. B. allgemeinbildende Schulen, Volkshochschulen, Musik- und Kunstschulen in einem Gebäudekomplex zusammenge-

führt werden können. Auch Bibliotheken, die zu den ältesten Einrichtungen kultureller Bildung zählen, lassen sich gut mit anderen Nutzungen insbesondere der Bildung kombinieren. Dabei sollte nicht nur die Optimierung der Betriebskosten der entsprechenden Kulturimmobilien im Vordergrund stehen, sondern vor allem die Nutzerfreundlichkeit. Zum Gelingen derartiger Kombinationen empfiehlt sich bereits in einer sehr frühen Phase der Planung die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern sowie der unterschiedlichen Nutzergruppen. Von solchen Prozessen können auch Impulse für die Urbanität und die Quartiersentwicklung ausgehen.

Unentbehrlich zu der komplexen, unter dem Einfluss zahlreicher Faktoren stehenden und zukunftssträchtigen Thematik »Kulturimmobilie« erscheint daher eine verstärkte praxisbezogene Reflexion von Fachexperten über Herausforderungen und Erfahrungen beim Planen, Bauen und Betreiben von Kulturbauten. Auf diesem Feld gibt es nicht nur mit Blick auf die aktuell prominentesten Beispiele Elbphilharmonie, Berliner Stadtschloss oder Kölner Theatersanierung immensen Bedarf des Wissens- und Erfahrungsaustausches. Vor allem sollte aus Fehlern ebenso wie aus guten tatsächlich vorhandenen Beispielen gelernt werden.

Oliver Scheytt ist Präsident der Kulturpolitischen Gesellschaft und Geschäftsführer der Kulturexperten GmbH. Lisa Höhne ist Mitarbeiterin der Kulturexperten GmbH

Ein Scherbenhaufen

Der Freiwilligensurvey 2014 des Deutschen Zentrums für Altersfragen (DZA)

ROLAND ROTH

Vor einigen Wochen ist er nun endlich erschienen, der neue voluminöse Freiwilligensurvey. Seine Vorgänger aus den Jahren 1999, 2004 und 2009 waren wichtige Wegbegleiter und Orientierungshilfen einer Engagementpolitik, die sich seit der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements« (1999-2002) auf allen staatlichen Ebenen und in der Zivilgesellschaft zu einem eigenen Politikfeld entwickelt hat. Sicherlich waren einige Aussagen der Surveys von Anbeginn umstritten, so z. B. die oft als zu hoch empfundenen Engagementquoten, die Belastbarkeit der abgefragten Aussagen zur Bereitschaft zum Engagement oder die Vernachlässigung von Nachbarschaftshilfe und anderen Formen informeller Unterstützung.

Immerhin ist es den Vorgängern gelungen, im Fünf-Jahres-Rhythmus vergleichbare Daten zu den unterschiedlichen Engagementbereichen zu erheben,

Die neue Studie lässt keinen verlässlichen Vergleich mit bisherigen Ergebnissen zu

Entwicklungstendenzen kenntlich zu machen und damit den Debatten über die gesellschaftliche Bedeutung des freiwilligen Engagements und die Möglichkeiten, es zu fördern, eine wissenschaftliche Grundlage zu verschaffen. Dazu haben auch aktuelle Vertiefungen in den einzelnen Surveys beigetragen, die sich zum Beispiel Themen wie der

Monetarisierung des Engagements oder dem Einfluss von verkürzten Gymnasialzeiten (G8) und Studiengängen (BA) auf das Engagementverhalten der nachwachsenden Generation gewidmet haben. In einer breiten Öffentlichkeit galten vor allem die erhobenen Engagementquoten in den Länderauswertungen, aber auch auf Bundesebene als Gradmesser für eine zentrale Ressource des gesellschaftlichen Zusammenhalts und für engagementpolitische Erfolge und Versäumnisse.

Hier setzt das Unbehagen an dem nun vorgelegten Bericht an. Erstens macht es wenig Sinn, einen Survey zu präsentieren, dessen Daten fast zwei Jahre alt sind. Gerade im vorliegenden Fall sorgen die Entwicklungen seit dem Sommer 2015 dafür, dass die Aussagen des Surveys hoffnungslos veraltet sind. Wüssten wir doch gerne, was es mit dem ungeahnten Aufschwung des bürgerschaftlichen Engagements in den vielfältigen Willkommensinitiativen und in der Flüchtlingshilfe, aber auch den heftigen Gegenmobilisierungen auf sich hat. Welche Motive treiben die Engagierten, wie gehen die etablierten Vereine und Organisationen mit den zum Teil erstmals Aktiven um, wie stabil sind die neu gebildeten lokalen Flüchtlingsnetzwerke und was ist aus alledem für die Engagementpolitik in ruhigeren Zeiten zu lernen – dies sind einige der Fragen, auf die der bereits angestaubte Survey mit den Erhebungen von 2014 keine Antwort geben kann.

Zweitens hat das neue Forschungsteam zentrale Grundlagen der Erhebung, wie Zeitrahmen und Auswahl der Tätigkeiten, so verändert, dass keine verlässlichen Vergleiche mit den Daten der drei Vorgänger mehr möglich sind. Da hilft es auch nicht, dass die Autorinnen und Autoren reichlich un-



Ehrenamt: Freiwillige Feuerwehr

gewöhnlich die Engagementquoten der früheren Surveys korrigieren. Schließlich müssten, akzeptiert man den neuen Ansatz, alle Kapitel und Aussagen der Vorläufer neu bewertet werden. Um es an einem Beispiel deutlich zu machen: Während der Survey von 2009 einen leichten Rückgang der Engagementquote bei den 14- bis 19-Jährigen aufgrund verdichteter Schulzeiten verzeichnete, berichtet die DZA-Studie nun von einer spektakulären Steigerungsrate von 45 Prozent für diese Altersgruppe. Waren die Daten und Trendaussagen von 2009 falsch, handelte es sich um einen Phantomschmerz? Der Verweis auf eine korrigierte allgemeine Engagementquote hilft hier nicht weiter.

Drittens sind die allzu gerne von der Politik aufgegriffenen besonders hohen neuen Engagementquoten und Zahlen mit Sicherheit falsch. So soll sich die

Engagementquote zwischen 2009 und 2014 von 35,9 auf 43,6 Prozent erhöht haben und die Zahl der Engagierten in Deutschland in diesem Zeitraum von rund 24 auf knapp 31 Millionen angestiegen sein. Allein die notwendige Korrektur der im Sample überrepräsentierten Bessergebildeten hätte die Zahl der Engagierten um rund zweieinhalb Millionen reduziert.

Viertens beansprucht die DZA-Studie zu Unrecht, Aussagen über freiwilliges Engagement treffen zu können. Mit beachtlichem methodischen Aufwand und neuen Befragungsinstrumenten wird ein Sample konstruiert, das freiwilliges Engagement enthält, aber eben auch Tätigkeiten, die bislang mit guten Gründen nicht dazu gerechnet wurden, so z. B. im »Fußballverein für Erwachsene: Aktiver Spieler im Tor« oder die Beteiligung an Wanderungen und Chor

im Seniorenclub. Dies dürfte eine Folge der konzeptionellen Entscheidung sein, sowohl den Gemeinwohlbezug wie auch die Freiwilligkeit aus dem Merkmalskatalog für die Überprüfung der Angaben zum freiwilligen Engagement zu streichen. Was großspurig als »Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014« daherkommt, hat bei näherer Betrachtung sein Thema zumindest teilweise verfehlt.

Was ist angesichts dieses Scherbenhaufens zu tun? Zwei Möglichkeiten bieten sich an. Einmal könnte eine Neubewertung der Tätigkeiten in der DZA-Studie vorgenommen werden, um an die Tradition der Vorgänger anzuschließen und damit die zentrale Aufgabe von Surveys dieser Art doch noch zu erfüllen: durch eine in wesentlichen Elementen gleiche Erhebungs- und Auswertungspraxis verlässliche Zeitreihen zu erzeugen, an denen Veränderungen abgelesen werden können. Zum anderen könnte der Bruch zum Anlass genommen werden, einen Verbund unabhängiger Institute mit einschlägigen Forschungsschwerpunkten zu schaffen, der verlässliche Grundlagen für künftige Freiwilligensurveys erarbeitet, die internationale Debatte einbezieht und zudem in der Lage ist, zeitnah auf aktuelle Entwicklungen zu reagieren. Der größte anzunehmende Schaden wäre es allerdings, die Idee des Freiwilligensurveys überhaupt aufzugeben.

Roland Roth lehrte bis Ende 2014 Politikwissenschaft am Fachbereich Sozial- und Gesundheitswesen der Hochschule Magdeburg-Stendal. Er war sachverständiges Mitglied der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements« und der Expertengruppe des zweiten Freiwilligensurveys von 2004